

Gebotes der Stunde in Frage kommen? Wer ist hiezu gerufen, berufen? Ein geistlicher Orden, ein Weltorden, der Weltpiskopat, der Papst selber? Schneider hat in einem Beitrag „In onore di S. Santità Paolo VI. — Educazione e società nel mondo contemporaneo“ (88) und wiederholt in mündlichen Gesprächen dazu seine Gedanken und Sorgen geoffenbart.

Das besprochene Buch ist der Abgesang eines der großen deutschen — und wohl auch europäischen — Pädagogen. Es zeigt, wie Schneider am Abend seines Lebens — in der Erwartung des „letzten Abenteuers“, wie er selbst so treffend sagt — zurückblickt auf ein reiches Arbeits- und Erntefeld. Vieles hat der Optimist erreicht, Letztes bleibt unerfüllter Wunsch. Und doch drängt sich immer mehr die Hoffnung, ja die Überzeugung durch, daß Schneider am Ende doch recht bekommt, weil die Stunde einer internationalen — besser weltumspannenden — Pädagogik auf christlich-humaner Basis über kurz oder lange schlagen wird und schlagen muß.

ANDRÉ HEIDERSCHEID

Aus der Weltkirche

Die Abfassung unseres letzten Berichtes fiel zeitlich zusammen mit der neunten und längsten Auslandsreise Papst Pauls VI., die ihn in 10 Tagen über 45.000 km nach nicht weniger als 9 Ländern brachte. Seither ist ein halbes Jahr vergangen. Was weiß die Welt- und Kirchenöffentlichkeit noch davon? Was ist als Ergebnis zu verbuchen, was als dauerndes Resultat geblieben? Hat nicht erst die jüngst erfolgte Verurteilung des Attentäters Mendoza in Manila wieder für einen Augenblick daran erinnert, daß der Papst im vergangenen Herbst „als eiliger Pilger des Evangeliums“ nach Südostasien, Ozeanien und Australien flog? Haben also die Skeptiker und Kritiker wieder einmal recht behalten?

Nach der Rückkehr des Papstes in den Vatikan haben Journalisten mehrfach prophezeit, es werde dies für Paul VI. die letzte Auslandsreise dieses Ausmaßes sein. In verschiedenen Veröffentlichungen wurde auch eingehend auf angebliche Unstimmigkeiten an der Kurie, bezüglich dieser Reise, hingewiesen. Als „eklatanter Beweis“ galt das Fernbleiben des päpstlichen Staatssekretärs Villot. Andere wollten wissen, der ursprünglich vom Papst gemeinte Zweck dieser Reise sei nachträglich zu einer Art bloßer „show“ umfunktioniert worden, usw.

Wie schon vor Beginn seiner Reise hat der Papst auch nachträglich den Besuch im Fernen Osten gerechtfertigt, so vor allem in seiner Weihnachtsansprache vor dem Kardinalskollegium am 22. Dezember 1970. Es sei seine Pflicht gewesen, so stellte er fest, „Unsere Brüder zu stärken“. Seine zahlreichen Reiseansprachen selbst kreisten um verschiedene, immer wiederkehrende Themata, so vor allem: Krieg und Frieden, vornehmlich in bezug auf Vietnam; soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Entwicklung zum Wohle des Menschen, gerade des kleinen, armen und daher wehrlosen; die Bedeutung Asiens für die Menschheit; Materialismus, Atheismus und Religiosität; Geburt einer neuen Welt und Aufgabe der Christen; Kirche der Armen, Einheit der Christen und missionarische Verantwortung der Gesamtkirche.

Entgegen etlichen Erwartungen und vielen Prophezeiungen beschränkte seine Ansprache in Hongkong sich auf rein religiös-kirchliche Fragen, ohne auch nur andeutungsweise auf das spannungsreiche Feld des Politischen hinzulenken. Nach seiner Heimkehr bekannte Paul VI., er sei auf dieser beschwerlichen Reise Zeuge großen Leids, aber auch großer Hoffnung geworden.

Parallel zum Papstbesuch tagte in Manila die panasiatische Bischofskonferenz, die, zumindest in der internationalen Berichterstattung, völlig in den Schatten Pauls VI. geriet. Immerhin aber wurden daselbst vielleicht schärfere und deutlicher noch als in manchen Papstreden menschenunwürdige Zustände gegeißelt und ernsthafte Reformen gefordert. Allerdings droht immer wieder und überall diesen Resolutionen wie jenen Forderungen das gleiche Geschick: Worte allein vermögen nicht schon etwas auszurichten, wo konkrete Sachfragen, Strukturen und Mentalitäten zur Debatte stehen. Da kann nur konsequentes Handeln zum Erfolg führen. Aber das richtige Wort zur richtigen Zeit am richtigen Ort vermag doch Ansporn und Stütze zu sein. Wie weit nun beide Ereignisse, der Papstbesuch und die Bischofskonferenz, ein mögliches Umdenken bewirkten oder den Ansatz lieferten zu bestimmten Reformen, lässt sich von hier aus nicht abschätzen. Offiziell hat sich inzwischen kaum etwas verändert. Ob indes der Papstbesuch nicht schon für manche eine noch lange nachwirkende Ermutigung zum Ausharren in geduldiger Kleinarbeit war, ist eine Frage, die sich so leicht nicht beantworten lässt.

Wer deshalb eine solche Reise von ihrer bloßen augenfälligen Wirksamkeit her bewerten möchte, geht von vornherein fehl. Und was immer man auch an berechtigter Kritik zu diesem Besuch im Fernen Osten vorbringen mag, es bleibt nichtsdestoweniger wahr, daß in der Person des Papstes die römische Kirche sich als eine Kirche unter den Menschen, als eine Kirche des Kontaktes und des Dialoges mit allen bezeugt hat. Was aber ging in dieser Kirche während des letzten halben Jahres vor? Das ist die Frage, auf die dieser Bericht in aller Kürze eingehen soll.

Die kommende Bischofssynode

Ob man es wahrhaben möchte oder nicht, ändert wenig an der leicht festzustellenden Tatsache, daß die kirchliche Dominante auch der letzten Monate geprägt ist von Verunsicherung, der auf Seiten des Lehramtes ein immer festerer Ton der Mahnung, innerhalb der unteren Kirchenkreise aber eine Art gleichgültiger Resignation folgt. Was alles sich hinter diesen augenfälligen Begebenheiten vollzieht, lässt sich nur schwer ausmachen, hat aber sicher mit dem hier schon das letzte Mal festgehaltenen lautlosen Abfall oder dem individuellen Arrangement zu tun. Die Krise dauert weiter an.

Seit Ende vergangenen Jahres weiß die Welt um die für den kommenden Herbst geplante römische Bischofssynode, die am 30. September beginnen soll und wahrscheinlich den ganzen Monat Oktober durch andauern wird. Seither beherrscht sie das Blickfeld zumindest der innerkirchlichen Öffentlichkeit, wofern einer bestimmten Frage diese Rolle des Leitthemas zuerkannt werden kann. Zwei Punkte werden diese Tagung beherrschen: das Amtspriestertum und die Verwirklichung von „*Justitia et Pax*“ in unserer Welt, d. h. vornehmlich die Gerechtigkeit zu und in den Entwicklungsgebieten. Dazwischen wird sich, wie der Generalsekretär der Synode kürzlich in einer Pressekonferenz ausdrücklich mitteilte, eine *Communicatio* an die Synodalen einfügen. Und zwar geht es hierbei um die neueste Fassung des Grundgesetzes (*Lex normativa*) der Kirche, die der Vorsitzende der ad-hoc-Kommission, Kardinal Felici, vorlegen wird. Eine Diskussion darüber aber soll nicht in der Synode stattfinden.

Dagegen ist in der Kirchenöffentlichkeit auch diese jüngste Form eines kirchlichen Grundgesetzes in den letzten Wochen arg ins Räderwerk der Kritik geraten. Wenn auch nicht immer gleich der Nutzen eines solchen Gesetzes in Frage gestellt wird, so wird doch unisono diesem neuen Entwurf einmal mehr nachgesagt, er gehe sozusagen völlig unbelastet am ganzen Konzilswerk vorbei und versuche, in durchaus vorkonziliaren Denkkategorien alles wieder ins Lot und die Kirchenglieder auf Vordermann zu bringen. Zu den zwei eigentlichen Synodenthemata sind inzwischen die vorbereiteten Arbeitspapiere bekanntgeworden, leider auf einem Weg, der die vatikanische Öffentlichkeitsarbeit wieder einmal in einem besonderen Licht erscheinen lässt.

Statt endlich bestimmte Wirklichkeiten unserer Zeit und Gesellschaft ernst zu nehmen, wurden indes erneut bloß Verdächtigungen und Drohungen laut.

In diesem Zusammenhang muß unbedingt auch das jüngste päpstliche Schreiben „Octogesima adveniens“ an Maurice Kardinal Roy, den Vorsitzenden der Kommission „Justitia et Pax“, genannt werden. Hier ermöglichte eine tatsächlich bedauernswerte Indiskretion bestimmten Organen, frühzeitig Textauszüge zu veröffentlichen. Aber dieser Fehler kann nur schwer der Presse selbst angekreidet werden. Und ohne derartige Vorkommnisse zu entschuldigen, darf die Frage gestellt werden, ob solche Indiskretion nicht just eine Blüte und Frucht des immer noch von Geheimnistuerei am falschen Platz umwitterten vatikanischen Informationswesens sind.

Die diesem päpstlichen Sozialschreiben in der Weltöffentlichkeit geschenkte Beachtung ging weit über das Maß des Üblichen hinaus. Gelobt daran wurde an erster Stelle die unkomplizierte, klare und direkte Sprache des Papstes, die sich von der üblichen Gewundenheit kurialen Stils wohlthuend abhebt. In bezug auf den Inhalt gehen die Meinungen natürlich auseinander. Während in sozialistischen Kreisen meist, aber nicht schon unbedingt begründetes, Wohlgefallen herrscht, stehen liberale Stimmen auf dem Standpunkt, der Papst gehe an der Wirklichkeit vorbei, da sein Schreiben dem heutigen Liberalismus nicht gerecht werde. Immerhin wird auf beiden Seiten mit Genugtuung vermerkt, daß der Papst die Christen nicht auf eine bestimmte parteipolitische Linie festlegen will.

Bedeutsam aber dürfte dieses Schreiben vor allem für die Behandlung des zweiten Synodenthemas werden, dem zeitlich bis zu zwei Wochen reserviert wurden. Das hierfür entworfene Arbeitspapier beruhte im wesentlichen auf den bekannten Sozialrundschreiben der letzten Zeit, insbesondere „Populorum progressio“, sodann auf der Pastoralkonstitution „Gaudium et Spes“. Ihm wurde bis jetzt vor allem sein theoretischer Charakter, seine globalen, allgemeinen Aussagen, die wenig konkrete Wirksamkeit befürchten ließen, vorgeworfen. Gerade deswegen wird vielfach „Octogesima adveniens“ wegen seiner andersgearteten Faktur, als glückliche Ergänzung des Diskussionsdokumentes bezeichnet. Jedenfalls erhielt diese Frage der Gerechtigkeit in der Welt, die angesichts der Priesterproblematik unterzugehen drohte, jetzt unverkennbar neuen Auftrieb. Umso hartnäckiger wurde anderseits nach den wahren Ursachen der rezenten Vorkommnisse und Umbesetzungen in der päpstlichen Kommission „Justitia et Pax“ gefragt.

Seit das Problem des Amtspriestertums offiziell auf dem Programm der nächsten Bischofssynode figuriert, haben alle seit Vaticanum II um das sakramentale Priesterstum kreisenden Fragen eine neue Intensität erreicht, die allerdings bis jetzt ein gutes Stück hinter der Krisenstimmung zurückbleibt, die im Jänner 1970 das niederländische Pastoralkonzil mit seinen bekannten Resolutionen ausgelöst hatte. Manchmal erscheint es auch so, als hätten sich die nun schon bekannten Kontestationsgruppen im Hinblick auf diese Herbstsynode eine Periode des Abwartens auferlegt, obschon bereits heute so gut wie feststehen dürfte, daß die Synodenentschließungen, namentlich in der Zölibatsfrage, kaum über das hinausgehen werden, was im bekannten Briefe Pauls VI. an Kardinalstaatssekretär Villot enthalten war.

Andererseits aber hat auch die Veröffentlichung des neuen Laisierungsdekretes und des den Bischofssynoden als Handreiche dienenden Dokumentes über das Amtspriestertum die Kontestationsgruppen wieder auf den Plan gerufen. Zu beachten aber ist, daß die Kritik an beiden Dokumenten nicht nur aus diesen Kreisen kommt. Dem ersten wird durchwegs vorgeworfen, daß es bei allem guten Willen zur Liberalisierung und Vermenschlichung eines bedrückenden Problems doch auf halbem Wege, bei heute immer weniger begreiflichen Vorstellungen, stehen bleibt. Dem zweiten bescheinigt die Kritik, daß es ebenso die eigentliche Wirklichkeit von heute verkennt und mit frommen Sprüchen um den Kern der Frage herumgeht. Wahrscheinlich hat in vielen Fällen bloß der dem Papst geschuldeten Respekt vor noch härterer Kritik bewahrt.

So darf man mit einiger Spannung dem Ausgang dieser Synode entgegensehen, besonders wenn festzustellen ist, wie der mehr und mehr auf die Linie des Papstes eingeschworene Episkopat sich durch eben dieses Verhalten auch mehr und mehr von einem immer größeren Teil des Klerus trennt. Gerade der Fall der USA könnte hier zum Paradigma werden; jedenfalls macht er jetzt schon deutlich, wie tief in der Frage des Priestertums, seinen Aufgaben und Pflichten, die Kluft zwischen Bischöfen und Klerus gehen kann.

Beachtenswert waren und bleiben auch die Beratungen der Delegierten der europäischen Priesterräte in Genf, Mitte April. Hier handelte es sich keineswegs um die Vertreter systematischer Kontestation, sondern um die Delegierten jener offiziellen Priesterräte, die der Demokratie in der Kirche zu ihrem Recht verhelfen sollen. Die Ergebnisse jener Beratungen waren so bedeutsam und so unkonventionell, daß vatikanische Kreise die Tagung einfach nicht zur Kenntnis genommen, sondern totgeschwiegen haben. Alles in allem enthält also dieses Synodenthema nach wie vor eine Menge Explosionsstoff, und es haben wahrscheinlich jene Beobachter recht, die nach Genf behaupteten, die Auffassungen über das Priestertum hätten sich gerade innerhalb der drei letzten Jahre in weiten Teilen des Klerus erstaunlich rasch gewandelt.

Verschärft aber hat sich auf jeden Fall die Nachwuchskrise, und zwar überall, wie die einschlägigen, mittlerweile erstellten Statistiken überzeugend darlegen. Das gleiche gilt übrigens vom schmerzlichen Problem jener Welt- und Ordensgeistlichen, die um ihre Laisierung nachsuchen oder einfach ihr Amt aufgeben. Ganz besonders hat der Papst am Gründonnerstag, in z. T. erschreckend scharfen Formulierungen, dieses letztere Verhalten gegeißelt, während er seine Sorge um den geistlichen Nachwuchs vor allem zum Sonntag der Berufe darlegte. Wenn nun gerade zu diesem Fragenkomplex Stimmen laut werden, die wähnen, es gäbe sicher wieder mehr Berufe in dem Maße, wie wir zu einer vorkonziliaren „Ordnung“ zurückfänden, so muß doch vor Illusionen gewarnt und daran erinnert werden, daß die Berufskrise schon lange vor dem Konzil, und gerade in den damaligen „geordneten“, „sicheren“ Verhältnissen, begonnen hatte. Alles in allem bleibt somit die Priesterfrage heute eines der dornigsten Probleme der Kirche, und es ist keineswegs gewiß, daß die nächste Synode uns durch die Talsohle dieser Krise hindurchführen wird.

Dokumente, Kontakte und Sorgen

Das Leben und die Entwicklung der Weltkirche spiegelt sich, von vatikanischer Warte aus betrachtet, nicht zuletzt in den Dokumenten wider, die im Laufe der letzten Monate von Papst oder Kurie veröffentlicht wurden.

Eben war schon beiläufig die Rede von den Arbeitsdokumenten für die Synode, der jüngsten Fassung der Lex normativa, dem Laisierungsdekret und dem rezenten Sozialschreiben Pauls VI. an Kardinal Roy. Außerdem verdient Erwähnung die Anfang Jänner veröffentlichte „Adhortatio Apostolica“ des Papstes an die Bischöfe der ganzen Welt über die nachkonziliare Entwicklung. Neben der Ermunterung, auf dem Wege der Erneuerung fortzuschreiten, wird darin auch der Finger erhoben, um vor falschen Propheten zu warnen und jeden Bischof vor seine Verantwortung zu stellen. Mitte Jänner veröffentlichte die Glaubenskongregation ein Dokument über die Prozedur bei der Beurteilung theologischer Lehrmeinungen, ein Dokument, das, wie die letzte Liturgieinstruktion, bei allem Bekenntnis zu neuen Formen doch wieder eine Art Rückschritt bedeutete oder zumindest hinter längst vorgetragenen Wünschen zurückblieb und deshalb die Hürde der Kritik nicht zu nehmen vermochte. Bekannt wurde auch eine Art Geheimnote an die Nuntien, dahingehend zu wirken, daß die Regierungen in ihren Geburtenkontrollprogrammen die Lehre der Kirche berücksichtigen sollten. Zum ersten Mai sandte Paul VI. ein eigenes Schreiben an die Rektoren der Marienkirchen in aller Welt, um anzuspornen zur Verehrung der

Gottesmutter, deren Fürsprache uns Eintracht und Frieden erwirken solle. Eigene Schreiben veröffentlichte der Papst sodann zum Sonntag der geistlichen Berufe und zum Weltsonntag der sozialen Kommunikationsmittel.

Internationale Kontakte zwischen dem Vatikan einerseits und fremden Regierungen anderseits, hat es im Laufe der letzten Monate eine ganze Menge gegeben. Der spektakulärste von allen war ganz gewiß der Besuch von Marschall Tito bei Papst Paul VI., womit zum ersten Mal ein kommunistisches Staatsoberhaupt offiziell im Vatikan empfangen wurde. Er hat nicht in allen Kreisen nur Beifall ausgelöst. Mit viel Aufwand an Druckerschwärze wurde auch die offizielle Moskaureise von Erzbischof Casaroli begleitet, die primär der Ratifizierung und Hinterlegung des Atomwaffensperrvertrages galt. Die gleichzeitig geführten Gespräche mögen höflich und gar freundschaftlich gewesen sein, sie blieben auf alle Fälle ohne konkrete Ergebnisse. Zu erwähnen sind des weiteren die Vatikanbesuche der russisch-orthodoxen Metropoliten Nikodim und Pimen, der schon im letzten Dezember stattgefundene Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko bei Paul VI., ebenso der Besuch des Budapester Außenministers, die verschiedenen Gespräche des Papstes mit dem persönlichen Vertreter Präsident Nixons, Cabot Lodge, schließlich die neu aufgenommenen oder fortgesetzten Kontakte zwischen Vertretern des Vatikans und Beauftragten der Regierungen in Prag, Budapest und Warschau.

Die Papstansprachen, in denen Paul VI. seine Erwartungen und seine Sorgen zum Ausdruck bringt, beschränken sich nicht bloß auf die großen Mittwochaudienzen. Es gibt ihrer so viele, daß wir nur die wichtigsten, immer wiederkehrenden Thematik erwähnen können. Selbstverständlich nahm im Jänner, während der Gebetswoche für die Einheit, das ökumenische Anliegen einen großen Raum ein. Aber es kann doch nicht geleugnet werden, daß bei allem Klimawechsel und allseitiger Beteuerung des guten Willens eine Art Stillstand in dem von Kardinal Bea einmal eingeleiteten Aufbruch verzeichnet werden muß. Das wiederum führt bestimmte Gruppen dazu, in ihrer Ungeduld sich über klare kirchliche Abgrenzungen einfach hinwegzusetzen und faktisch so zu tun, als sei der Skandal der Spaltung überwunden.

Durchwegs überwiegt in den päpstlichen Ansprachen ein pessimistischer Ton. Nur in Ansprachen an die Jugend oder über die Jugend klingt ein manchmal überraschender Optimismus mit. Ganz besonders geprägt von diesem zuversichtlichen Konzept, das an die Zeiten Johannes XXIII. erinnern ließ, war die Papstansprache zu Ostern dieses Jahres. Im übrigen kreisten die Äußerungen Pauls VI. um Zeiteignisse, die von sich aus wenig Optimismus zulassen: Krieg in Vietnam, gefährdeter Friede in Nahost, Prozesse in Burgos, Leningrad, Afrika, Diplomatenentführung und -ermordung, Entwicklungsprobleme, soziale Gerechtigkeit, Krise in der Gesellschaft und in der Kirche, Abfall der Geistlichen, Ehescheidung in Italien, die Jugend und ihre speziellen Probleme, Unruhen in vielen Teilen der Welt (Lateinamerika, Polen, Nordirland ganz besonders), Friede unter allen Völkern, ein Thema, dem der Weltfriedenstag, am 1. Jänner, einmal mehr gewidmet war, usw.

Die wichtigsten Ereignisse in einzelnen Ländern

In Italien hat selbstverständlich die Ehescheidung gegen den Widerstand aus kirchlichen Kreisen am meisten Aufsehen erregt und auch zu immer neuen Initiativen, sei es zur Wiederabschaffung, sei es zur Festigung des vom Parlament getroffenen Entscheids geführt. Daneben währt die Krise um die ACLI ebenfalls schon seit Monaten, bis die Bischöfe jüngst erklärten, diese Arbeiterbewegung sei hinfällig nicht mehr als kirchliche Organisation zu betrachten. Immer mehr rückt auch das Problem einer Konkordatsrevision in den Vordergrund weltlicher und kirchlicher Aufmerksamkeit.

Frankreichs Bischöfe haben sich, wie der Episkopat anderer Länder auch, ausführlich mit dem Problem der Abtreibungen, für die immer mehr zivilrechtliche Freiheiten

gefordert werden, auseinandergesetzt und die unverbrüchliche Lehre der Kirche einmal mehr dargelegt.

Die vor Monaten bereits angekündigte Schaffung eines „Rassemblement des Silencieux de l'Église“ (Vereinigung der Schweigenden in der Kirche) scheint bisher keine besonderen Fortschritte verzeichnet zu haben; jedenfalls ist es um sie wieder stiller geworden. Die Linksextremisten ihrerseits haben verschiedentlich von sich reden gemacht, so ganz besonders, als sie die Basilika des Sacré-Coeur auf dem Montmartre besetzten und dabei Benzinkanister und allerlei Schlagwerkzeug mit sich führten. Die anschließend gegen die Rädelshörer ausgesprochenen Gerichtsurteile wurden von Kardinal Marty als zu hoch empfunden, eine Bemerkung, die dem Pariser Erzbischof bitterböse Kritik einbrachte. So z. B. diese: die Worte Kardinal Marty's richten größeres Unheil an als die Untaten von 10.000 Linksextremisten!

Ungemein großes Aufsehen und in ihren Auswirkungen noch nicht zu übersehende Konsequenzen hervorgerufen hat die in Paris unlängst erfolgte Ankündigung der „Weißen Väter“, ihre sämtlichen Missionare aus Portugiesisch Mozambique abzuberufen, weil es unter den derzeitigen Zuständen nicht möglich sei für die Kirche, ihre Sendung zu erfüllen. Die Feiern zur Wiederkehr des 100. Jahrestages der Pariser Commune waren in kirchlichen Kreisen durch Worte der Verständigung, des Ausgleichs und der Dialogbereitschaft gezeichnet. Nicht weniger als 18.000 Soldaten aus 15 verschiedenen Nationen haben in diesem Jahr an der traditionellen Soldatenwallfahrt nach Lourdes teilgenommen.

Fragen um Ehescheidung, Abtreibung und Pornographie bewegen seit vielen Monaten die öffentliche Meinung in *Deutschland*, auch und nicht zuletzt in kirchlichen Kreisen. Das wichtigste Ereignis daselbst aber war sonder Zweifel die vom 3. bis 5. Jänner 1971 währende konstituierende Sitzung der allgemeinen Synode im Kiliansdom in Würzburg. In die rein sachlichen Anliegen der Tagungsordnung platzte etwas wie eine kleine Bombe hinein, als die Professoren Flatten und Rahner öffentlich kundgaben, wie auch Theologen heute nicht mehr die gleiche Sprache reden, ein Vorhutgefecht, das bezeugt, daß die nächsten Sitzungen wohl nicht weniger Relief aufweisen werden. Nachdem bereits Rahner seinem Tübinger Kollegen Kung arg zugesetzt hatte, haben die deutschen Bischöfe ihrerseits sich sehr kritisch zu dem Buche „Unfehlbar? — Eine Anfrage“ geäußert. Ähnlich verfahren, u. a., der französische und der italienische Episkopat.

Gerade in der Bundesrepublik ließe sich auch von einer Reaktivierung der sogenannten Solidaritätsgruppen reden, während auf der anderen Seite Kardinal Höffner aus Köln sich durch profilierte Stellungnahmen und Lehräußerungen im Sinne der Tradition einen Namen macht.

Die Gedenkfeiern, am 18. April, zum 450. Jahrestag der Ächtung Martin Luthers in Worms führten nicht über die heute schon gewohnten ökumenischen Beteuerungen hinaus.

Einen besonderen Akt haben die Altkatholiken gesetzt mit dem Angebot, die Eucharistie auch an andere Christen zu reichen, deren Eucharistieverständnis dem ihriegen entspricht. Anderseits wurde in bezug auf die Pastoral der Mischehen eine neue Zusammenarbeit grundgelegt, die allseits Würdigung fand. Wozu das lange vorbereitete, viel diskutierte und manchmal umstrittene Augsburger Ökumenische Pfingsttreffen führen wird, läßt sich in diesem Augenblick noch nicht übersehen.

Fragen der Liturgie, der Pastoral und der Sozialethik beherrschten die Frühjahrstagung der deutschen Bischofskonferenz in Bad Honnef. Hervorzuheben ist auch die für den gesamten deutschen Sprachraum kürzlich erfolgte Veröffentlichung neuer Gebetstextfassungen, die in Zusammenarbeit mit den anderen christlichen Gemeinschaften erstellt wurden.

Aus *Österreich* wäre vor allem der Abschluß der Wiener Synode zu melden. Im Ausland aufgefallen sind besonders die Resolutionen zur Priesterfrage, die sich gemäß heutigen kurialen Vorstellungen in dieser Form kaum verwirklichen lassen. Nicht kleines Aufsehen erregt haben sodann die verschiedenen Äußerungen von Erzbischof König gelegentlich seines kürzlichen Polenbesuches. Je nach der eigenen Einstellung und Auffassung des Beobachters oder Zuhörers ernteten sie frohe Zustimmung oder enttäuschte Mißbilligung.

Aus den *Beneluxländern* wäre zuerst der Streit um den neuen Bischof von Rotterdam, Simonis, zu erwähnen, wobei vor allem das Vorgehen des Vatikans bei der Ernennung argem Beschuß ausgesetzt war. Erst als sich nichts mehr ändern ließ, haben auch die Bischöfe eingerenkt, und mittlerweile sind so viele versöhnende Worte von allen Seiten gefallen, daß mit einer Beilegung der Auseinandersetzung gerechnet werden darf. Ende Jänner war Kardinal Alfrink mit zwei anderen Bischöfen wieder einmal in Rom, um über allgemeine Fragen der niederländischen Kirchenprovinz und speziell über die Priesterfrage zu verhandeln. Neue Elemente sind indes nicht zu verzeichnen. Wie ihre niederländischen Kollegen, haben sich auch die belgischen Bischöfe, übrigens zusammen mit allen in Belgien vertretenen Kirchen, gegen die immer mehr um sich greifende Verbreitung der Pornographie gewandt und dabei vor allem unterstrichen, wie am Ursprung des ganzen Unwesens nur zu oft schnöde Gewinnsucht einer neuen Branche von Geschäftemachern steht.

Im kleinen *Luxemburg*, das 1970 den 100. Jahrestag seiner Erhebung zum selbständigen Bistum begehen konnte, hat am 12. Februar der bisherige Bischofkoadjutor Jean Hengen die Nachfolge von Mgr. Léon Lommel angetreten, der zu Neujahr aus Altersgründen (78) seinen Rücktritt angeboten hatte. Eine große Meinungsumfrage zur Vorbereitung der geplanten Diözesansynode hat mit rund 45 Prozent Rückantworten eine ungewöhnlich hohe Beteiligung der Bevölkerung (alle Kreise waren angesprochen worden) ergeben.

Auch aus *Osteuropa* lassen sich hier nur die wichtigsten Ereignisse anführen. Sehr im Blickfeld des öffentlichen Interesses standen natürlich die Ereignisse in Polen, die zu einer offiziellen Begegnung zwischen Kardinal Wyszynski und dem neuen Ministerpräsidenten Jaroszewicz führten und auf eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Kirche und Staat hindeuten. Auf der gleichen Linie liegt die Romreise einer polnischen Regierungsdelegation, die im Vatikan Gespräche führte.

Trotz weiterer oder sogar neuer Kontakte zwischen Kirche und Staat, auch nach dem Vatikan hin, scheint es in Ungarn eher einen Stillstand, wenn nicht gar zusätzliche Spannungen zu geben. Das gleiche dürfte auf die Tschechoslowakei zutreffen, soweit uns zuverlässige Informationen vorliegen, während die Normalisierung in Jugoslawien anscheinend dazu führt, daß jetzt in der dortigen Kirche ähnliche „nachkonziliare“ Erscheinungen auftreten wie in anderen Teilen der Weltkirche.

Die politische und sozialökonomische Krisenlage *Lateinamerikas* hält unvermindert an. Ebenso dauern die Konflikte im Innern der einzelnen Kirchenprovinzen wie auch zwischen etlichen Staats- und Kirchenvertretungen fort. Aufsehen erregt hat das „Experiment“ Chile, das nur mit Hilfe der christlichen Kreise zustande kam und sehr aufmerksam verfolgt zu werden verdient.

Einzelne Staaten *Afrikas* haben durch ihre jüngsten politischen Prozesse von sich reden gemacht, besonders weil jeweils auch Bischöfe darin verwickelt waren. Während in Rhodesien und Südafrika die Rassenpolitik der Regierungen der Kirche zu schaffen macht, radikaliert sich Algerien immer mehr im Sinne des Islams. Die Einfuhr von Bibeln wurde kurzerhand untersagt, sämtliche noch verbliebenen christlichen Radiosendungen sind abgeschafft.

Nachdem bereits *Indiens* Parlament die Unhaltbarkeit der seinerzeit in der Frage des sogenannten „Nonnenhandels“ gegen die Kirche erhobenen Beschuldigungen ausdrücklich erklärt hatte, wurde jetzt auch im Vatikan, nach ausführlicher Enquête, ein Schlußstrich unter diese Sensationsmasche gezogen.

Schließen wir diesen Bericht ab mit der Erwähnung zweier Gedenktage: vor 500 Jahren starb Thomas von Kempen, dem die „Nachfolge Christi“ zugeschrieben wird; vor 750 Jahren wurde der Dritte Orden des hl. Franziskus gegründet. Beide haben unserer Zeit sicher manches zu sagen.

PETER GRADAUER

Römische Erlässe und Entscheidungen

Neues Rituale über die hl. Öle

Im Rahmen der Überarbeitung und Neuherausgabe der liturgischen Bücher wurde als weiteres Teilgebiet der Ritus der Ölweihe zusammen mit anderen Fragen neu festgelegt. Als Materie ist nicht mehr reines Olivenöl vorgeschrieben, es können auch andere Pflanzenöle verwendet werden. Zur Bereitung des Chrismas werden weiterhin aromatische oder wohlriechende Substanzen beigemischt; dessen Weihe steht dem Bischof allein zu. Im allgemeinen gilt dies auch für das Tauf- und Krankenöl. Die Vollmacht, das Tauföl zu weihen, kann jedoch auch Priestern verliehen werden, namentlich für die Taufe von Erwachsenen; das Krankenöl darf im Notfall jeder Priester weihen. Die Chrisma-Messe, die bisher am Vormittag des Gründonnerstags gefeiert wurde, kann auf einen anderen Tag verlegt werden, besonders dann, wenn es für den Klerus mit Schwierigkeiten verbunden ist, zu diesem Zeitpunkt in die Bischofskirche zu kommen; angeraten wird für diesen Fall eine Antizipation an einem Tag der Karwoche oder überhaupt der Zeit vor Ostern. (Dekret der Kongregation für den Gottesdienst vom 3. Dezember 1970.)

Schwesternbeichte, Ablegung der Gelübde

Einige Normen des Ordensrechtes in Bezug auf Beichte und Ablegung der Gelübde wurden geändert. Allgemein wird weiterhin die häufige Beichte empfohlen; die Ordensoberen sollen sorgen, daß die Mitglieder in den Gemeinschaften wenigstens zweimal im Monat das Bußsakrament empfangen können und auch öfter, falls sie es wünschen. Die Neuheit dieser Änderung besteht darin, daß die bisherige Pflicht zu einem Rat gemildert wurde und daß die Ordensfrauen nicht mehr wöchentlich beichten müssen. Auch sind die Novizinnen und Ordensfrauen nicht mehr an den Beichtvater ihres Klosters gebunden, sondern können in Zukunft gültiger- und erlaubterweise bei jedem Priester ihre Beichte ablegen, der in dem betreffenden Sprengel die erforderliche Beichtvollmacht besitzt; eine besondere Jurisdiktion (c. 876 CIC) oder Ernennung ist nicht mehr gefordert. Diese Erleichterung gilt nicht bloß für die Schwestern im engeren Sinn, sondern auch für die Nonnen der kontemplativen Orden und der Klöster mit strenger Klausur. Für die beschaulichen Klöster, für die Ausbildungsheime und für die größeren Gemeinschaften soll, für andere Gemeinschaften kann weiterhin ein ordentlicher Beichtvater bestellt werden, ein außerordentlicher wenigstens in den genannten Klöstern und in den Häusern der Ausbildung; die Mitglieder der Orden sind jedoch nicht gehalten, bei diesen ihre Beichte abzulegen.

Eine zweite Neuerung betrifft die Ablegung der Gelübde (c. 637 CIC): während bisher für den Ausschuß von der Erneuerung der Gelübde bzw. von der Ablegung der